

Niederschrift

über die Sitzung des Migrationsbeirates - öffentlich -

Datum: 15.03.2022
Ort: Raum 118 im Rathaus, Markt 1, 09111 Chemnitz
Zeit: 18:05 Uhr - 19:31 Uhr
Vorsitz: Herr Pedro Martin Montero Perez

Beschlussfähigkeit

Soll: 13 Beiratsmitglieder
Ist: 10 Beiratsmitglieder

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Lars Franke	AfD-Stadtratsfraktion	dienstlich
Herr Maytham Jabar Abdulhassan	sachkundiger Einwohner	dienstlich

Verspätetes Erscheinen

Herr Maik Otto	SPD-Fraktion	18:10 Uhr; TOP 9
----------------	--------------	------------------

Beiratsmitglieder

Herr Zaher Ataie	sachkundiger Einwohner
Herr Attila Bihari	sachkundiger Einwohner
Frau Sultan Bulut	sachkundige Einwohnerin
Frau Carolin Juler	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
Herr Hayes Amadi Dikeogu	sachkundiger Einwohner
Frau Solveig Kempe	CDU-Ratsfraktion
Frau Maria Lyamets	sachkundige Einwohnerin
Herr Sarfraz Jalal Masih	sachkundiger Einwohner
Herr Pedro Martin Montero Perez	sachkundiger Einwohner
Frau Katharina Weyandt	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Anett Böttcher	Dezernat 1
Frau Astrid Gertig	Bürgeramt; Ausländerbehörde
Frau Etelka Kobuß	Migrationsbeauftragte
Frau Ines Vorsatz	Dezernat 3
Herr Thomas Wabst	Sozialamt; Migration

Schriftführerin

Frau Katrin Neumann	Geschäftsstelle des Stadtrates
---------------------	--------------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der Vorsitzende Herr Montero eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung, sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Herr Montero sagt, er wurde heute vom Sozialamt gebeten, einen heute veröffentlichten Artikel zu thematisieren, was er unter dem TOP 9 – Verschiedenes – durchführe und dazu vorschlägt, den TOP 9 nach den TOP 3 vorzuziehen. Die darauffolgenden TOP verschieben sich entsprechend. Die anderen Mitglieder sind einverstanden. Es liegen keine weiteren Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der Sitzung des Migrationsbeirates -öffentlich- vom 10.11.2021
-

Es liegen keine Einwendungen vor. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

- 9 Verschiedenes
-

Herr Montero sagt, dass heute ein Artikel veröffentlicht wurde, in welchem dem Sozialamt Rassismus, den Flüchtlingen aus Syrien oder Afghanistan gegenüber den Flüchtlingen aus der Ukraine unterstellt werde. Er bittet darum die Sache sachlich und fachlich klar zu stellen.

Herr Wabst sagt, dass heute auf tag24.de ein Artikel erschien, in welchem es um einen Asylbewerber geht, der aus der Gemeinschaftsunterkunft Altenburger Straße in die Strassburger Straße umziehen musste und in der Endkonsequenz Frau Stadträtin Juler dieses Vorgehen als inakzeptabel und rassistisch bezeichnet. Die Mitarbeiter des Sozialamtes sehen dies als Angriff und Unverschämtheit, die Mitarbeiter so vorzuführen, welche derzeit Tag und Nacht arbeiten und alles geben um die Situation zu bewältigen. Es sei eine Belastung der Arbeitsbeziehung. Über Einzelfälle könne operativ entschieden werden, wenn vorher darüber gesprochen werde, anstatt sich an die Presse zu wenden. Er bittet Frau Stadträtin Juler zu einer Stellungnahme und fragt sie, ob sei das Wort rassistisch geäußert habe.

Frau Stadträtin Juler entschuldigt sich beim Sozialamt, dem Oberbürgermeister, bei Frau Utech und allen bei Mitarbeitern des Sozialamtes dafür, dass es so ankam, dass sie diese als rassistisch beleidigt habe. Die war nie ihre Intension. Sie weist zurück, gegenüber der Presse gesagt zu haben, einzelne Personen oder das gesamte Sozialamt als rassistisch bezeichnet zu haben. Die Worte rassistisch habe sie benutzt. Vielmehr gehe es ihr aber um die Situation im Allgemeinen, was gerade so in der Gesellschaft passiert. Was am Ende die Boulevardpresse daraus mache, was diese drucke und was nicht, ist für sie als Stadträtin schwer einzuschätzen. Sie habe sich öffentlich dafür entschuldigt, dass diese Vorwürfe, von ihr ausgehend, gefallen sind. Ihre Kritik bestehe nur in dem Vorgehen im Allgemeinen, dass Geflüchtete aus dem Nahen Osten Unterkünfte verlassen müssen und es dabei offensichtlich Kommunikationsprobleme gab. Vergangene Woche telefonierte sie darüber mit

Frau Utech, welche ihr die dahinterstehende Organisation und Logistik erklärte. Sie verstehe, dass die aus der Ukraine, gegebenenfalls mit Kindern, kommenden Frauen besonders schutzbedürftig sind. Die Entscheidung diese Frauen und Kinder in einer Einrichtung unterzubringen befürwortet sie, aber sie kritisiere die daraus entstehende Klassengesellschaft. Für sie stellen sich einige Fragen. Wie die Problematik mit den Geflüchteten kommuniziert wurde, in welchen Sprachen die Gespräche, dass die Geflüchteten ihre Unterkunft verlassen müssen, stattfanden. Wie sensibel die Mitarbeiter des Sozialamtes mit der Situation umgingen und welche Auswirkungen dies auf die Flüchtlinge hatte.

Es tut ihr leid, dass durch sie solch eine Situation entstanden ist und sie ist sehr daran interessiert eine Lösung zu finden, wie dies weiter nach Außen kommuniziert werde und wieder einen guten konstruktiven Umgang damit zu finden.

Herr Wabst informiert zum Hintergrund, dass eine Woche Zeit war, eine bewohnte Einrichtung vorzubereiten, um über 70 Personen aufzunehmen. Es gibt Vorschriften, wonach Frauen und Kinder in geschützten Räumen untergebracht werden müssen. So könne es nicht allen recht gemacht werden. Wenn sie die Situation im Allgemeinen anspreche, sei diese bitte im Allgemeinen auf politischer Ebene zu klären. Er dulde nicht diese Form der öffentlichen Vorführung der Mitarbeiter, insbesondere in der derzeit angespannten Situation. Dies belaste die Arbeitsbeziehungen und die Kollegen des Sozialamtes, welche Tag und Nacht sowie an den Wochenenden unermüdlich im Einsatz sind und versuchen die Lage zu stemmen.

Herr Montero sagt, momentan existiere ein Konflikt in der Ukraine und die Menschen brauchen Hilfe. Politisch erwäge dies den Eindruck, dass es zwei Klassen Geflüchteter gebe. Trotz des enormen Drucks müsse das Sozialamt darauf achten, dass die Entscheidungen so getroffen werden, damit nicht der Eindruck entstehe, dass Unterschiede bei der Herkunft der Flüchtlinge gemacht werden.

Frau Stadträtin Kempe sagt, es sollte sowieso keinen Unterschied geben, wo die Menschen herkommen. Fakt ist, dass es gerade jetzt sehr viele Flüchtlinge aus der Ukraine zu uns kommen und dringend schnelle Hilfe brauchen. Zwischen den Flüchtlingen dürfe es keine Grenzen in dieser Notlage geben, dies müsse so nach außen vertreten werden. Das Sozialamt leiste derzeit eine bemerkenswerte Arbeit.

Frau Stadträtin Weyandt ergänzt, es sei wichtig, dass viel kommuniziert werde. So habe ein Großteil der Öffentlichkeit nichts von den umfangreichen Vorbereitungen des Sozialamtes mitbekommen. Es müsse mehr gegenseitige Erklärungen, beispielsweise auf der Internetseite, zur Situation geben um noch besser zusammenzufinden.

Herr Wabst antwortet, das Sozialamt erreiche derzeit eine Vielzahl von Anrufen und E-Mails mit Anfragen zu den Flüchtlingen aus der Ukraine. Mit dem nur begrenzt zur Verfügung stehenden Personal müsse man abwägen, ob diese Kapazitäten zur Bearbeitung der eigentlich anstehenden Aufgaben (alle Bereiche des Sozialamtes betreffend) oder für die Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden. Bereits jetzt wurde Personal aus dem Pandemiemanagement zurückgezogen, obwohl auch Corona derzeit eine große Herausforderung darstelle.

Herr Stadtrat Otto sagt, es sei gut zu wissen, was das Sozialamt in den Jahren 2015/16 geleistet habe. So könne auf bekannte, gut funktionierende Strukturen und Abläufe zurückgegriffen werden. Bei den vielen Flüchtlingen gelte es viele Unterschiede zu berücksichtigen und dennoch alle gleich zu behandeln. Bei der Unterbringung sei man auf einem guten Weg. Da aktuell noch mehr Flüchtlinge erwartet werden, plädiere er dafür, die Handelnden, soweit es möglich ist, zu unterstützen.

Frau Stadträtin Weyandt versteht, dass die Mitarbeiter des Sozialamtes derzeit keine Kapazitäten für die Öffentlichkeitsarbeit haben, die Pressestelle aber durchaus mit mehr Kommunikation unterstützen sollte.

Frau Stadträtin Kempe betont, sie habe mehrfach gehört, dass der Internetauftritt der Stadt Chemnitz zum Thema Ukraine, beispielsweise die Koordination von Hilfsangeboten, gelobt wurde.

Herr Montero sagt abschließend, dass der Migrationsbeirat voll hinter dem Sozialamt stehe und nicht die in der Zeitung veröffentlichte Meinung vertrete.

4 Vorlage an den Stadtrat

4.1 Information zur Umsetzung des Beschlussantrages BA-002/2019 "Prüfung einer Struktur für Konfliktlösungen im öffentlichen Raum"
Vorlage: I-058/2021 Einreicher: Dezernat 3/KPR

Frau Vorsatz führt in die Vorlage ein.

Herr Bihari merkt an, dass er bei der Stadtteilanalyse Sonnenberg dabei war, deren Ergebnisse am 23.03.2022, 10:00 Uhr ausgewertet werden sollen. Es bestehe der Wunsch, dass ein bis zwei Mitglieder des Migrationsbeirates teilnehmen.

Frau Stadträtin Weyandt fragt nach den Konsequenzen, wenn in der Vorlage stehe, dass die Anwesenheit eines Polizeiautos eher für Unsicherheiten Sorge. Weiter fragt sie, was die Mitglieder des Migrationsbeirates dazu denken.

Frau Vorsatz antwortet, das Thema Präsenz von Sicherheitskräften im öffentlichen Raum gebe es bundesweit und habe folglich Auswirkungen. Deswegen gebe es in Chemnitz nicht permanent Einsätze aber von Zeit zu Zeit Komplexkontrollen, um eine offene Drogenszene zu verhindern. Mit Hilfe der Polizeipräsenz soll verdeutlicht werden, dass ein öffentlicher Ort für alle da ist, nicht nur für die Drogenszene. Auf Grund sehr unterschiedlicher Meinungen, werde immer wieder abgewogen und neu entschieden, welche Maßnahmen der Polizei und des Stadtordnungsdienstes angemessen seien.

Zum Sonnenberg fügt sie ergänzend hinzu, dieser Stadtteil habe die höchste Dichte von Leuten, die sich um das Thema Zusammenleben und Konfliktmanagement im öffentlichen Raum kümmern. Es gebe dort viele Vereine, die sich um Geflüchtete oder benachteiligte Menschen kümmern. Der Stadtteil sei auf Grund seiner dynamischen Entwicklung eine Herausforderung, weswegen dort eine Analyse durchgeführt wurde, auch um danach mit den Akteuren ins Gespräch zu kommen, einige Dinge besser abzustimmen.

Frau Kobuß sagt, das Sicherheitsgefühl nehme Einfluss darauf, wie man sich fühle, dabei spiele die Kommunikation über bestimmte Gruppen von Menschen eine große Rolle. Das Sicherheitsgefühl eines Zuwanderers sei ein anderes, nicht zuletzt wegen der Ereignisse von 2018. Schon optisch als Ausländer zugeordnete Menschen haben oftmals das Gefühl nicht willkommen zu sein. Die Ereignisse an den Montagen rufen bei vielen Menschengruppen eher ein mulmiges, anstatt sicheres Gefühl hervor.

Frau Vorsatz ergänzt, dass ein ganz wichtiges Ergebnis aus dem gesamten Prozess ist, welche Erzählungen im öffentlichen Raum dominieren. So gibt es tatsächlich einen sogenannten Negativ-Stream in den Medien, wo permanent über Kriminalität in der Innenstadt berichtet werde. Für eine Großstadt gebe es immer Konfliktpotential, da die Anspruchs- und Erwartungshaltungen zu verschieden seien. Für Chemnitz entstehe der Eindruck, dass Polizeimeldungen, insbesondere bei einer Beteiligung von Flüchtlingen, besonders gern weitergetragen werden. Mit dem Projekt sollen Wege gefunden werden, dieser Stigmatisierung entgegenzuwirken, mit dem Ziel einer lebendigen Innenstadt zur Kulturhauptstadt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

5 Gespräch über die 'Raumsituation für migrantische Selbstorganisationen und Initiativen'

Herr Montero sagt, seit vielen Jahren entstanden viele Initiativen und Vereine, welche beklagen, dass keine Räume zur Verfügung stehen, bzw. diese zu teuer seien. Für Treffen zum Austausch werden größere bzw. prinzipiell dringend Räume gesucht.

Herr Bihari fragt, ob es konkrete Zahlen gebe, wie viele Organisationen, welche Räume suchen.

Frau Kobuß sagt, es sei schwierig passende Räume zu finden, weil auch die Finanzierung gesichert werden müsse und es während Corona keine Einnahmen gab, wodurch sich die Lage nicht verbessert habe. Die Vereine haben maximal die Mitgliedsbeiträge, somit sind schon geringe Raummieten kaum zu finanzieren. Sie wisse von Initiativen die sich bei bestehenden Vereinen in deren Räume für Veranstaltungen einmieten. Für die meisten aber fehle es an einem Raum für Treffen und Begegnungen für einen gemeinsamen Austausch. Insbesondere für die derzeit stark engagierten osteuropäischen Vereine, wünsche sie sich mehr Unterstützung von der Stadt, gemeinsam nutzbare Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, da diese teilweise weit über die Basisarbeit hinaus Hilfe leisten. Leider können nicht alle Projekte mit den Fördermitteln finanziell unterstützt werden. Für größere Städte schlägt sie vor, über Fördergelder ein Gebäude mit mehreren kleinen Räumen zur Verfügung zu stellen, welches dann von verschiedenen Vereinen genutzt werden könne.

Herr Montero sagt, möglicherweise könne der Dachverband der sächsischen Migrationsorganisationen sächsische Beiräte unterstützen.

Herr Stadtrat Otto ergänzt, ihm falle das Haus der Kulturen ein, wo die Voraussetzungen gegeben seien, einen großen Raum für Veranstaltungen zu haben und mehrere kleine Räume zur individuellen Nutzung der einzelnen Vereine. Problematisch gestalte sich die Situation, wenn Fördermittel vom Land oder vom Bund aktiviert werden, welche zwar schnell aber immer nur zeitlich befristet für den Anschlag der Projekte zur Verfügung stehen. Zur Fortführung gut laufender Projekte fehle die Weiter- bzw. Anschlussfinanzierung durch die Kommune. Somit verschwinden leider einige der guten Projekte. Er schlägt vor, dass Mitglieder vom Beirat ihren Wunsch schriftlich bei der Kommune, oder auch bei Förderprojekten über Bund und Land, vorlegen. Wichtig sei, den Bedarf zu ermitteln, und diesen bei der Haushaltplanung anzumelden.

Frau Stadträtin Weyandt schlägt vor, dass der Migrationsbeirat bei der Stadtverwaltung eine Übersicht der städtisch finanzierten Räume, vom Stadtteilzentrum bis Räume im Technischen Rathaus, anfordere und in welcher Höhe dafür derzeit Ausgaben anfallen.

Frau Vorsatz merkt an, dass es in Sachen Kulturhauptstadt, Haus der Kulturen, Haus der Demokratie, Europäische Werkstatt für Demokratie und Kultur, in allen Bereichen Ansatzpunkte über eine symbolische Anschubfinanzierung gebe, nicht aber über eine dauerhafte Finanzierung. Momentan laufen Verhandlungen den Vereinen eine Plattform zu bieten, sowohl migrantische Selbstorganisationen als auch anderen Vereinen und Trägern der Stadt. Wichtig sei, dass sich viele Vereine gemeinsam organisieren, da nur begrenzt Räume zur Verfügung stehen. Sie empfiehlt sich mit den Initiatoren des Haus Subbotnik, welches über die Stadt finanziert werde, in Verbindung zu setzen.

Herr Bihari schlägt vor, jemanden vom Kulturhauptstadt-Büro einzuladen, um unter anderen über die Werkstatt Kultur und Demokratie zu sprechen und wie sich der Beirat einbringe.

Frau Bulut sagt, man müsse sich im Vorfeld mit den Kulturvereinen absprechen, ob diese auch für ihre individuelle Vereinsarbeit, gemeinsam unter einem Dach sein möchten oder nicht.

Herr Montero befürwortet beide Ideen.

Herr Bihari schlägt vor, über Facebook bei ersten Vereinen deren Bedürfnisse zu erfragen.

6 Fragen zum Einsatz des Hauptzollamtes am Sonnenberg am 02.02.2022

Herr Montero informiert, dass Mitglieder des Migrationsbeirates mit betroffenen Leuten vor Ort Gespräche zum Einsatz des Zolls und der Polizei am 02.02.2022 führten.

Daraufhin wurde ein Brief mit Fragen zur Aufklärung an das Hauptzollamt und das Landespolizeipräsidium gesendet. Er verliest das Antwortschreiben des Hauptzollamtes, welches heute eintraf.

Herr Bihari verliest einige der insgesamt 13 gestellten Fragen und zieht das Fazit, dass die Antwort eher geringfügig ausfiel. Das Hauptproblem bestehe darin, dass einige Inhaber überlegen, auf Grund der Vorkommnisse, ihr Geschäft aufzugeben, da doch erhebliche Umsatzeinbußen eintraten. Er schlägt vor, die Problematik eventuell im Stadtrat anzusprechen.

Herr Stadtrat Otto verstehe das Problem des Einsatzes für die betroffenen Geschäftsinhaber, aber der Stadtrat könne dagegen nichts ausrichten.

Frau Stadträtin Kempe sagt, das Vorgehen sei wahrscheinlich ein generelles Prozedere, und schlägt vor, eher an die Landtagsabgeordneten heranzutreten. Der Stadtrat habe in dem Fall keine Handhabe.

Herr Montero fragt, ob sich der Migrationsbeirat oder der Stadtrat an den Landtagsabgeordneten wenden sollte.

Herr Stadtrat Otte antwortet, es sei sinnvoll, dass dies der Migrationsbeirat mache, zumal dieser auch mit dem Schreiben die erste Anfrage machte.

Frau Kobuß sagt, der Zoll sei mit seinem Antwortschreiben nicht umfänglich auf die gestellten Fragen eingegangen. Die Fragen wurden nur unzureichend beantwortet, dies müsse mit dem Zollamt so kommuniziert werden.

Herr Montero schlägt vor, als Migrationsbeirat einen Antwortbrief zu verfassen sowie einen weiteren Brief an den Landtag zu schreiben, und diesen dann an die Fraktionen weiterzugeben.

Herr Stadtrat Otto weist darauf hin, dass es wichtiger sei sich auf der Landesebene an die Abgeordneten zu wenden, anstatt an die Stadträte, welche kaum etwas ausrichten können. Gern könne er aber die Stadträte über das weitere Vorgehen informieren.

Frau Kobuß sagt, dass mit dem Einsatz auf dem Sonnenberg, nicht nur das dortige Stadtbild verändert wurde, sondern auch die Stadtteilarbeit ein ganzes Stück kaputtgemacht wurde. Er Einsatz erfolgte in einer nicht angemessenen Form.

Herr Zaher fragt, ob es Anzeigen gab.

Herr Bihari antwortet, dass dies eine Frage des Briefes war, aber unbeantwortet blieb.

7 Öffentlichkeitsarbeit des Migrationsbeirates

Herr Montero sagt, die Facebook Seite finde guten Zuspruch.

8 Allgemeine Informationen

Herr Montero sagt, die Vorbereitungen für die Interkulturelle Wochen für dieses Jahr laufen im vollen Gange. Auch auf der Internetseite der Stadt Chemnitz werde darauf hingewiesen.

Frau Kobuß ergänzt, die Veranstaltung werde vollumfänglich geplant. Die Eröffnung ist für den 17.09.2022 geplant. Vor Beginn der Sommerferien werde alles genau geplant. Anmeldungen sind bereits eingegangen. Die Frist endet Ende Mai. Sie hoffe auf eine rege Beteiligung insbesondere auch von Zuwanderern. Am 22.06.2022 findet die Tagung der Interaktionspraxis in der IHK statt, Informationen werde sie noch zusenden.

Herr Montero erinnert an den Termin für das Online-Treffen des Netzwerkes Migrationsbeiräte von Sachsen am 24.03.2022 von 18:00 – 19:30 Uhr. Wünschenswert sei die Teilnahme weiterer Mitglieder des Beirates.

10 Bestimmung von zwei Beiratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Migrationsbeirates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Bulut und Frau Stadträtin Kempe bestimmt.

31.03.2022 *Montero Perez*
Datum Pedro Martin Montero Perez
Vorsitzender des Beirates

06.04.22 *S. Bulut*
Datum Sultan Bulut
Mitglied
des Beirates

05.04.22 *S. Kempe*
Datum Solveig Kempe
Mitglied
des Beirates

29.03.2022 *Neumann*
Datum Katrin Neumann
Schriftführerin